



Eine demographische Dividende für die Entwicklungsländer? Konsequenzen des weltweiten Alterungsprozesses

Auch in den Ländern des Südens steigt die Lebenserwartung und die Geburtenraten sinken. Dadurch geht nicht nur das Bevölkerungswachstum zurück, sondern auch der Anteil der Minderjährigen an der Bevölkerung. Umgekehrt wächst der Anteil der Einwohner im Alter zwischen 15 und 65 Jahren, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen und Ersparnisse bilden können.

In dieser Phase ist mit einem Anstieg der Sparquote zu rechnen, der höhere Wachstumsraten nach sich zieht, sofern die zusätzlichen Ersparnisse auch produktiv im Lande angelegt werden. Das hohe Wirtschaftswachstum in Ost- und Südostasien seit Ende der 1980er Jahre geht vermutlich mit auf diese „demographische Dividende“ zurück.

Den meisten lateinamerikanischen Ländern ist sie hingegen entgangen, da ihre Investitionsbedingungen in den entscheidenden Jahren zu schlecht waren. Afrika, Zentralasien, der Nahe Osten und Indien können noch von der demographischen Dividende profitieren. Dies ist auch deshalb wichtig, weil in den Industrieländern in den kommenden zwanzig Jahren – ebenfalls aus demographischen Gründen – die Sparneigung deutlich sinken dürfte, so dass sie bis 2030 sogar zu Nettokapitalimporteuren werden könnten.

Für die Entwicklungsländer wird es also noch mehr als bisher darauf ankommen, dass sie profitable und sichere Investitionsbedingungen für in- und ausländische Geldanleger schaffen.

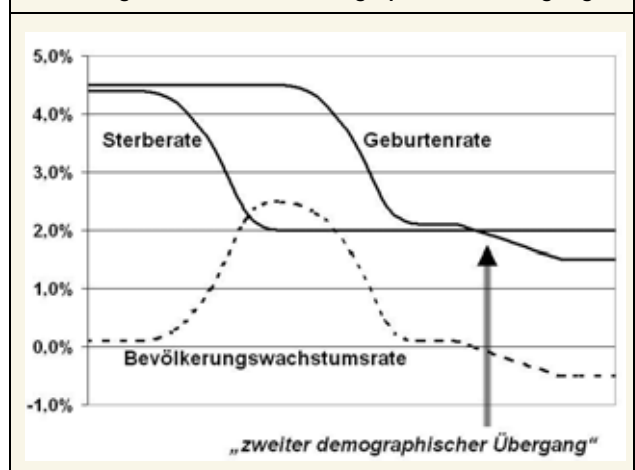
Der globale demographische Wandel

Zu oft werden die Folgen des demographischen Wandels nur auf nationaler Ebene diskutiert. Oft wird dabei sogar nur über die weiter entwickelten Länder des Nordens gesprochen, in denen der Alterungsprozess schon weiter fortgeschritten ist und bis 2035 v. a. zu einem Anstieg des Anteils der über 65-Jährigen führen wird. Dabei haben sowohl die demographischen Veränderungen im Süden als auch jene im Norden bedeutende Konsequenzen für alle Teile der Erde.

Vorerst wird die Weltbevölkerung weiter wachsen. Zwar ist der Höhepunkt der Zunahme bereits überschritten und die Bevölkerungswachstumsraten werden weiter sinken. So wird die Zahl aller Menschen weltweit nach Prognosen der Vereinten Nationen bis 2050 nochmals um 2,5 Mrd. (40 %) auf 9,2 Mrd. zunehmen. Dies betrifft v. a. die am wenigsten entwickelten Länder, deren Einwohnerzahl sich verdoppeln wird, während die Länder Europas und der ehemaligen Sowjetunion Rückgänge von 15 bzw. 30 % hinnehmen müssen. Der Schwerpunkt der Weltbevölkerung verschiebt sich somit weiter nach Süden. Trotz HIV/Aids wird der Anteil der Bewohner Afrikas an der Weltbevölkerung nach der Prognose der Vereinten Nationen von 13 auf 22 % anwachsen, während der Anteil der Europäer von 12 auf 7 % sinken wird. Erst ab 2100 wird auch in den Entwicklungsländern die Einwohnerzahl stagnieren (UN 2006).

Der Grund hierfür besteht darin, dass der demographische Übergang in den Entwicklungsländern noch im Gange ist: Dank verbesserter Hygiene, leichterem Zugang zu Medikamenten und besserer ärztlicher Vorsorge sind die Sterberaten gesunken, während die Geburtenraten noch auf relativ hohem Niveau liegen, so dass die Bevölkerung wächst. Erst nach einiger Zeit gehen auch die Geburtenraten zurück und nähern sich den Sterberaten wieder an. In einigen (nicht allen!) Industrieländern sind sie sogar unter die Sterberaten

Abbildung 1: Schema des demographischen Übergangs



gesunken, so dass die Bevölkerung schrumpft. Man spricht hierbei auch vom „zweiten demographischen Übergang“ (vgl. Abbildung 1).

Viel gravierender ist allerdings die zu erwartende Alterung der Weltbevölkerung. Nach den Berechnungen der Vereinten Nationen wird der Anteil der über 60-Jährigen bis 2050 von 10 auf 22 % anschwellen, während der Anteil der unter 15-Jährigen von 28 auf 20 % sinken wird. Der globale Altersmedian würde somit von 27 auf 37 Jahre ansteigen.

Folgen für die Ersparnisbildung und das Wirtschaftswachstum

Lange war die Entwicklungsdebatte geprägt von Robert Malthus, der in seinem 1798 erschienenen *Essay on the Principle of Population* die These aufgestellt hatte, dass hohes Bevölkerungswachstum das Wirtschaftswachstum begrenze und somit eine Hauptursache von Unterentwicklung sei. Empirische Untersuchungen widerlegten die These in den 1980er Jahren, weswegen die Weltbank ihre Bevölkerungsprogramme auslaufen ließ.

Erst in den letzten Jahren hat sich eine differenziertere Sicht durchgesetzt. Demnach ist Bevölkerungswachstum nicht per se problematisch. Entscheidend ist vielmehr die Altersstruktur der Bevölkerung. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Menschen nur in der mittleren Phase des Lebens (z. B. zwischen dem 15. und dem 65. Geburtstag) größere Einkünfte erzielen. Davor (als Kinder und Jugendliche) sind sie darauf angewiesen, dass ihre Eltern oder andere erwachsene Personen ihren Konsum finanzieren. Ähnliches gilt für das Alter nach dem 65. Lebensjahr, in dem man in der Regel von den eigenen Ersparnissen oder aber Unterstützung durch den Staat, die eigenen Kinder oder andere Personen lebt. Vor allem zwischen dem 40. und dem 65. Lebensjahr bilden viele Menschen Ersparnisse, die sie nach dem Eintritt in den Ruhestand aufbrauchen.

Steigt nun der Anteil derjenigen, die älter als 65 Jahre sind, so ist mit einem Rückgang der Sparquote zu rechnen, der wiederum das Wirtschaftswachstum bremst. Genau dies wird ab 2020 in Japan und vielen europäischen Ländern der Fall sein, weil dann die Generation des Baby-Booms der Jahre 1955–70 in Rente geht. 2050 werden in den Industrieländern voraussichtlich auf je 100 Einwohner zwischen 15 und 65 Jahren 29 Personen unter 15 Jahren und 42 Personen über 65 Jahren kommen. Heute sind es lediglich 27 bzw. 21 Personen. Jede erwerbsfähige Person wird also 2050 0,71 Personen außerhalb des Erwerbsalters mit versorgen – anstelle von 0,48 Personen heute.

In den Entwicklungsländern hingegen wird diese sog. Abhängigkeitsrate erwartungsgemäß von derzeit 61 % auf 53 % im Jahre 2050 sinken. Während heute eine Person im Erwerbsalter 0,08 Personen über 65 und 0,53 Personen unter 15 Jahren ernährt, werden es Mitte des Jahrhunderts 0,21 Personen über 65, aber nur noch 0,32 Personen unter 15 Jahren sein. Der Anstieg des

Anteils der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung wird also deutlich überkompensiert durch den Rückgang des Anteils der unter 15-Jährigen.

Folglich wird die Sparneigung der Bevölkerung in vielen Entwicklungsländern bis 2050 zunehmen, was sich auch auf das Pro-Kopf-Einkommen positiv auswirken dürfte. Empirische Untersuchungen weisen darauf hin, dass ein Rückgang der Abhängigkeitsrate um einen Prozentpunkt das Wirtschaftswachstum um 0,5–0,7 Prozentpunkte anhebt. Bloom und Canning (2006) meinen sogar, dass der seit den 1980er Jahren währende Aufschwung in Ost- und Südostasien zu mehr als einem Drittel auf diese sog. „demographische Dividende“ zurück geht. Ähnliches gelte für den Wirtschaftsboom in Irland, der um 1990 begann. In Irland wurden Verhütungsmittel erst 1979 legalisiert, weshalb die Geburtenrate auch erst danach merklich zurückging. Umgekehrt gehen die Wirtschaftsprobleme in Subsahara-Afrika nach Meinung von Bloom und Sachs (1998) mit darauf zurück, dass dort die Geburtenrate noch sehr hoch liegt und der Anteil der unter 15-Jährigen noch sehr groß ist.

Eine „demographische Dividende“ fällt allerdings nicht automatisch in jedem Land an, in dem die Abhängigkeitsrate zurückgeht. Entscheidend ist, dass die wachsende Zahl von Personen im Erwerbsalter auch eine angemessen entlohnte Beschäftigung findet. Hierbei kommt es auf eine gute Bildung und Ausbildung der Arbeitskräfte, eine wettbewerbsfähige Industrie, flexible Arbeitsmärkte und offene Gütermärkte an. Es nützt wenig, wenn das Wachstum der Erwerbsbevölkerung nur zu einem Anstieg der Arbeitslosenquote führt.

Zudem muss sichergestellt sein, dass die zusätzlichen Ersparnisse, die von einer wachsenden Zahl von Erwerbstätigen gebildet werden, auch im Inland verbleiben und produktiv verwendet werden. Die Investitionsbedingungen müssen also gut und sicher sein, der Finanzsektor sollte die Ersparnisse der Haushalte schnell und ohne großen Aufwand an lohnenswerte Anlageprojekte weiterleiten können und der Staat sollte durch Haushaltsdisziplin dafür sorgen, dass das zusätzlich zur Verfügung stehende Kapital nicht gleich wieder für einen höheren Staatskonsum verwendet wird.

Unterschiedliche Studien bestätigen, dass die demographische Dividende umso größer ausfällt,

- je offener die Märkte des betroffenen Landes sind,
- je mehr es für Bildung ausgibt,
- je flexibler die Arbeitsmärkte sind,
- je besser die Beschäftigten sozial abgesichert sind,
- je weniger Schulden der Staat für reine Konsumausgaben macht und
- je besser der Finanzsektor entwickelt ist.

Bloom und Canning (2006) zeigen zum Beispiel, dass die demographische Dividende in sehr offenen Volkswirtschaften doppelt so groß ist wie im Mittel aller Länder und dass sie in vollkommen geschlossenen Ökonomien

oft gar nicht entsteht, weil es diesen meist nicht gelingt, eine ausreichend große Zahl von Arbeitsplätzen für die rasch wachsende Erwerbsbevölkerung zu schaffen.

Somit eröffnet der demographische Wandel Chancen, die von den Entwicklungsländern aber auch genutzt werden müssen. Lateinamerika ist ein Beispiel dafür, wie diese Chancen vertan werden können. Fast kein Land dieser Region hat bisher von einer demographischen Dividende profitiert. In der entscheidenden Zeit 1970–90 waren die Märkte zu geschlossen, die Bildungsausgaben zu gering und die Haushaltsdisziplin des Staates zu schlecht. Zwar stieg die Sparquote in Folge des demographischen Wandels an, die zusätzlichen Ersparnisse wurden aber nicht produktiv im Inland investiert, sondern in Immobilien bzw. im Ausland angelegt.

In Ostasien hingegen stieg während der 1990er Jahre durch das Anwachsen der Bevölkerungsanteile zwischen 15 und 65 Jahren nicht nur die inländische Sparquote, sondern auch die Investitionsquote. Da die Zahl der Kinder zurückging, konnten wiederum mehr Frauen einer Erwerbstätigkeit nachgehen, wodurch wiederum das Pro-Kopf-Einkommen anstieg. Schließlich stand den Haushalten auch mehr Geld zur Verfügung, das sie für die eigene Bildung sowie die Bildung ihrer Kinder ausgeben konnten: Anstatt in die Zahl ihres Nachwuchses zu investieren, investierten sie nun in dessen Befähigung. Dem Produktionsprozess konnten somit alle Produktionsfaktoren in größerem Umfang zugeführt werden: Arbeit, Kapital und Humankapital.

Folgen für die Finanzmärkte und Leistungsbilanzen

Allerdings begann der demographische Wandel in Ost- und Südostasien auch zu einem besonders günstigen

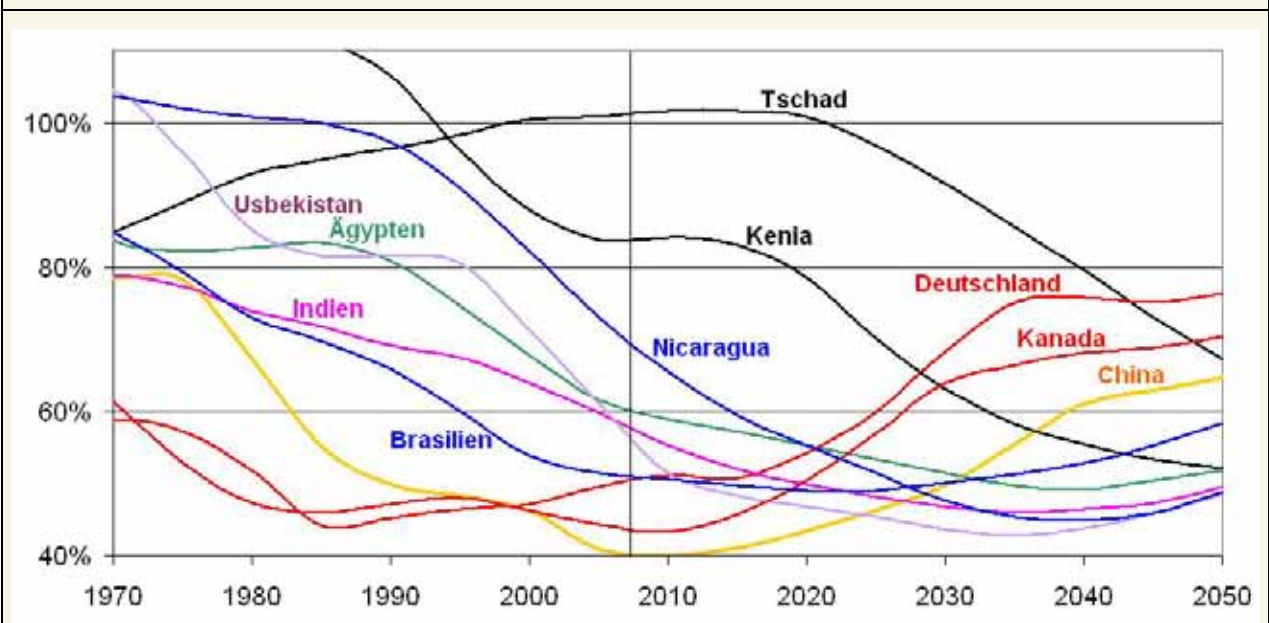
Zeitpunkt, als nämlich auch in den entwickelteren Ländern des Nordens die demographische Abhängigkeitsquote extrem niedrig und die Sparquote sehr hoch lag. Diese Periode begann in den 1980er Jahren mit dem Eintritt der Babyboom-Generation in den Arbeitsmarkt und dauert noch ungefähr bis zu deren Verrentung 2020–35. Diese ganz außergewöhnlich zahlenkräftigen Jahrgänge suchen derzeit nach Möglichkeiten, um ihre Vorsorge-Aufwendungen fürs Alter zu investieren. Dies senkt die Zinssätze in Europa, Nordamerika und Japan und treibt die Aktienkurse in die Höhe, weswegen viele Anleger auf die Finanzmärkte in Asien ausweichen und den dortigen Boom zusätzlich mit Kapital versorgen.

Dabei wird es nicht bleiben. Ab 2020 werden die Babyboomer ihre Ersparnisse vermutlich abbauen. Vor allem die nordamerikanischen Pensionsfonds werden dann ihre Rücklagen in gewaltigem Umfang auflösen und dabei auch im Ausland investiertes Kapital zurückrufen. Dies ist umso schlimmer, als die demographische Abhängigkeitsrate in China in genau derselben Zeit in die Höhe schnellen dürfte, so dass auch dort die Sparquote ab 2030 sinken würde (vgl. Abbildung 2).

Zwar sinkt sowohl in den Ländern des Nordens als auch in China parallel der Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter. Dies könnte zur Folge haben, dass nicht nur das Angebot an Kapital sondern auch die Nachfrage danach zurückgeht, da die Unternehmen aufgrund der sinkenden Zahl von Erwerbstätigen Produktionskapazitäten abbauen bzw. Ersatzinvestitionen reduzieren können.

Die meisten Experten glauben aber, dass der erste der beiden Effekte dominiert, dass also in den Industrieländern und in China das Kapitalangebot (die Ersparnisbildung der Haushalte) stärker sinken wird als die Kapitalnachfrage. Die Länder des Nordens würden also immer

Abbildung 2: Entwicklung der totalen Abhängigkeitsrate in ausgewählten Ländern 1970-2050



Quelle: eigener Entwurf nach Angaben in UN (2006)

weniger Kapital exportieren können und könnten unter Umständen sogar zu Nettokapitalimporteuren werden. Dies gilt v. a. für Länder, in denen auch der technische Fortschritt nachlässt bzw. in denen die Altersvorsorge vornehmlich auf privaten bzw. betrieblichen Arrangements beruht und somit kapitalgedeckt ist. Bspw. ist zu erwarten, dass die US-Pensionsfonds massenweise Wertpapiere verkaufen, wenn die Babyboomer in Rente gehen, so dass die Börsenkurse sinken und die Zinsen steigen würden. Dadurch würde Kapital aus dem Ausland angelockt. In Ländern wie Deutschland hingegen, in denen große umlagefinanzierte Sozialversicherungssysteme existieren, wird die öffentliche Verschuldung weiter wachsen und nur noch durch die Aufnahme von Darlehen im Ausland finanzierbar sein (IMF 2004).

Der Norden wird dem Süden also immer weniger Kapital für seine Entwicklung zur Verfügung stellen können. Umgekehrt wird die schrumpfende Bevölkerung des Nordens aber auch immer weniger Güter produzieren, so dass sich die Exportmöglichkeiten der Entwicklungsländer verbessern. Hiervon werden v. a. Länder profitieren, deren Abhängigkeitsrate erst noch sinkt: Indien, Zentralasien, der Nahe Osten und v. a. Afrika, wo die Sparquote just zu einer Zeit steigen dürfte, in der Europa und Japan, aber auch China und Südostasien immer weniger Kapital exportieren bzw. sogar Kapital im Ausland nachfragen (IMF 2004). In Asien könnte sich der Wachstumspol somit von China nach Indien verlagern.

Gerade die Leistungsbilanz der am wenigsten entwickelten Länder könnte sich somit ab 2020 alleine aufgrund der globalen demographischen Veränderungen verbessern. Dies setzt allerdings voraus, dass in ihnen nicht nur die demographische Abhängigkeitsrate sinkt. Denn es nützt nicht viel, wenn ein immer größerer Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter ist, jedoch keine Arbeit findet. Ob ein Erwerbstätiger zwei Kinder oder ein Kind und einen arbeitslosen Erwachsenen mit zu versorgen hat, macht keinen großen Unterschied.

Folglich müssen die Entwicklungsländer, um vom demographischen Wandel auch tatsächlich zu profitieren, insbesondere Arbeitslosigkeit bekämpfen. Sie müssen dafür sorgen, dass zumindest die einheimischen Anleger Vertrauen in die nationale Wirtschaft haben, im Inland investieren und dadurch Arbeitsplätze für eine wachsende Erwerbsbevölkerung schaffen. Sie haben nicht viel zu verlieren, können aber viel gewinnen. Die Länder Südostasiens haben es ihnen vorgemacht.

Folgen für die Sozialpolitik

Auch für die Sozialpolitik der Entwicklungsländer hat der demographische Wandel zunächst positive Folgen. Mit dem Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter wächst auch die Zahl der potenziellen Beitragszahler in den Sozialversicherungssystemen, und auch die finanziellen Lasten von steuerfinanzierten Sozialhilfe-, Gesundheits-

und Bildungssystemen können auf eine größere Zahl von steuerpflichtigen Erwerbstätigen verteilt werden.

Allerdings ist hiermit auch eine Gefahr verbunden, da sich auch in den Entwicklungsländern der Alterungsprozess in der Weise fortsetzt, dass eines Tages der Anteil der Rentner an der Bevölkerung schneller wächst als der Anteil der Kinder und Jugendlichen schrumpft. Dann steigt auch in den Entwicklungsländern die demographische Abhängigkeitsrate wieder an, wie dies in den heutigen Industrieländern jetzt schon der Fall ist. In China wird diese Trendumkehr bereits 2010 kommen, in Lateinamerika 2030 und in Süd- und Zentralasien, Nordafrika und dem Nahen Osten um das Jahr 2040.

Die Entwicklungsländer sollten sich hierauf rechtzeitig vorbereiten, damit sie die für ihre Sozialsysteme zu erwartenden Probleme besser meistern als die heutigen Industrieländer. Eine Möglichkeit ist, dass sie ihre umlagefinanzierten Sozialsysteme zumindest teilweise auf Kapitaldeckung umstellen. Umlagefinanzierte Systeme finanzieren ihre Auszahlungen aus den Einnahmen derselben Periode. Sie müssen daher ihre Leistungen kürzen oder ihre Beitragssätze anheben, wenn die Zahl der Leistungsempfänger (z. B. Rentner) im Verhältnis zur Zahl der Beitragszahler steigt. Kapitalgedeckte Systeme sind demgegenüber durch demographische Veränderungen kaum gefährdet, da ihre Mitglieder während der Erwerbszeit gerade die Leistungen finanzieren, die an sie selbst im Alter ausgezahlt werden. Allerdings setzen sie funktionsfähige Kapitalmärkte voraus.



Dr. Markus Loewe
Wissenschaftlicher
Mitarbeiter des DIE

Literatur

Bloom, D. / D. Canning (2006): Booms, Busts, and Echoes: How the Biggest Demographic Upheaval in History is Affecting Global Development, Cambridge, Mass.: Harvard University

Bloom, D. / J. Sachs (1998): Geography, Demography and Economic Growth in Africa, Washington, DC: Brookings (Papers on Economic Activity 2), 207-295

Fehr, H. / S. Jokisch (2006): Demographischer Wandel und internationale Finanzmärkte, in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 7 (4), 501-517

IMF (International Monetary Fund) (2004): World Economic Outlook 02/2004, Chapter 3: How will demographic change affect the global economy?, Washington, DC, 137-180

UN (United Nations) (2006): World Population Prospects: The 2006 Revision, New York

